Interpellation SVP-Fraktion:
«PFAS-Belastung – Verantwortung übernehmen statt Landwirtschaft abstrafen

Im Kanton St.Gallen wurden bekanntlich auf verschiedenen Landwirtschaftsbetrieben erhöhte PFAS-Werte festgestellt. Dank einer Übergangsregelung werden die betroffenen Betriebe, die sich in einer schwierigen Lage befinden, nicht zusätzlich belastet. Während der Bund den ‹korrekten Vollzug› der neuen Höchstwerte verlangt, setzt die Landwirtschaft Massnahmen zur Reduktion der Belastung um und arbeitet mit Behörden und Forschungsinstitutionen zusammen. Mit dem Vorpreschen des Kantons dürfen St.Galler Betriebe jedoch nicht gegenüber anderen Kantonen benachteiligt werden. Die betroffenen Betriebe haben die Belastungen nicht selbst verursacht. Es ist daher unabdingbar, dass der Kanton Verantwortung übernimmt, klare Rahmenbedingungen schafft und auf Augenhöhe mit dem Bund für praxistaugliche Regelungen eintritt. Eine Abstrafung der St.Galler Landwirtschaft aufgrund vorauseilender kantonaler Massnahmen ist nicht akzeptabel.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt die Regierung sicher, dass St.Galler Landwirtschaftsbetriebe, die sich in einem vom Kanton begleiteten Programm zur Senkung der PFAS-Belastung befinden, rechtssichere Rahmenbedingungen erhalten und gegenüber anderen Kantonen nicht benachteiligt werden?
2. Wie beurteilt die Regierung die Rolle des Bundes bei der PFAS-Regulierung in Bezug auf importierte Lebensmittel und Produkte und was unternimmt der Kanton, damit die Landwirtschaft nicht zum alleinigen Sündenbock wird?
3. Wird gewährleistet, dass die geplante PFAS-Strategie des Kantons praxisnah ausgestaltet und mit anderen Kantonen koordiniert wird, wie es der überparteiliche Auftrag vom 2. Dezember 2024 vorsieht?»

2. Juni 2025 SVP-Fraktion